

Kreisverwaltung Bad Dürkheim

1. Fortschreibung

**zum Bericht über das Ergebnis des Arbeitskreises
„Aufgabenkritik“**

Bad Dürkheim, 25. November 2005

Abteilung 1

Zentrale Aufgaben und Finanzen

Nr.	Orga- Einheit	Aufgaben	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 1	Bereits in Bearbeitung		
1	1/10	Ausbildung, Praktika, Referendare Derzeit 22 Auszubildende	Die Ausbildungsmarktsituation erfordert, dass sich auch die Kommunen der Verantwortung einer bedarfs- und fachgerechten Ausbildung (Ausbildungspakt) nicht entziehen. Daher keine Kürzung bei der Ausbildung	Ausbildungsvolumen wurde beibehalten Aktuell 1 Azubi für den Bereich EDV Kaufmännische Ausbildung für Abfallwirtschaft wird geprüft
2	1/11	Beschaffung und Unterhaltung von Inventar und Bürobedarf, Unterhaltung KFZ; Bewirtschaftung Gebäude, allgemeiner Dienstbetrieb, Parkraum; Automatisierung Mitarbeiterhandbuch Zeitschriften, Gesetze, Ergänzungslieferungen	Veröffentlichung Intranet seit 01.10.2004 aktiv Mögliche Reduzierung wird bereits auf Abteilungsebene geprüft.	Intranet ist aktiv – wird ständig ergänzt Reduzierung war bei Gesetzestexten, lose Blattsammlungen und Mitarbeiterhandbüchern möglich (Anlage 1)
3	1/11	Druckerei und Poststelle	Ständige Überprüfung d. Personalbedarfs im Hinblick auf technische Optimierung.	Überprüfung läuft
4	1/14	Doppik	Prüfung läuft - Möglichkeit im Jahr 2005	Einführungsphase läuft
5	1/14	Versicherungen/ Schadensfälle Vertragsreduzierung	Wird derzeit geprüft.	Reduzierungen und Einsparungen wurden durchgeführt (Anlage 2)
	Maßnahme 2	Selbst kurzfristig durchführen		
7	1/10	Gleichstellungsstelle	Aktuelle Umfrage veranlassen wo Gleichstellungsstelle mit 1,0 Stellenanteil noch eingesetzt ist. LKT + Umliegende Verwaltungen	Umfrage wurde durchgeführt (Anlage 3)
8	1/10	Öffentlichkeitsarbeit, Partnerschaften, Presse (Homepage, Amtsblatt, DÜW-Info, Presseanfragen, Jubilare, Ehrungen, Förderungen von Sportveranstaltungen, etc.)	Die Arbeitsabläufe wurden in der letzten Zeit weitgehend optimiert (Mailversand) Umfrage bei den Kreisverwaltungen ob Stellenanteil 1,0 noch genutzt wird. Zukünftig auf druckbare Kurzfassungen für die Gemeinden achten – sonst Kosten für Veröffentlichung zu hoch.	Anlage 4-Abt.1
9	1/11	Stellenbewertungen, Mitwirkung Personaleinsatz, Verwaltungsreform / Vereinfachung	Angebot über externe Stellenbewertung einholen.	Nach Umfrage nie extern vergeben – wie bei uns in Zusammenarbeit mit kommunalem Arbeitgeberverband
10	1/12	Das Personalreferat ist zur Zeit	Bezüglich dem Einsatz eines	Die dort genutzte Soft-

		mit 3,0 Stellen besetzt (sehr geringe Personalausstattung)	EDV-Systems erfolgt erneute Kontaktaufnahme mit der PPA	ware kann keine Fahrtenbücher verarbeiten. Der Einsatz eines anderen EDV-Systems wird geprüft.
11	1/12	Reisekosten, Dienstreisen	Kosten – Nutzen – Analyse erforderlich	Entfällt zur Zeit
12	1/13	Dorferneuerung Finanzielle Förderung privater Dorferneuerungsmaßnahmen mit <ul style="list-style-type: none"> • Beratung der Antragssteller • Bearbeitung und Entscheidung der Förderanträge • Prüfung der Verwendung der Fördermittel 	Einigung mit den Städten, Verbandsgemeinden und Gemeinden zur Vermeidung doppelter Beratung. Bei Bürgermeisterdienstbesprechung ansprechen!	Die Beratung der privaten Antragsteller findet ausschließlich bei der KV statt. Die Verbandsgemeinden/ Gemeinden nehmen zum Antrag Stellung. Aus pragmatischen Gründen sollte es dabei bleiben.
13	1/13	Durchführung des Kreiswettbewerbs „ Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“	Maßnahme sollte entfallen	Landeswettbewerb mit Weiterführung auf Bundesebene. Wir können das Angebot nicht streichen – aber kein Meldezwang. Mindestteilnehmerzahl prüfen
14	1/15	Vollstreckung ins bewegliche Vermögen für KV DÜW, Abfallwirtschaft und VG Lambrecht Vollstreckungsstelle	Effektiveres Vorgehen bei größeren Vollstreckungen. Neufestlegung einer Kleinbetragsregelung Kostendeckendes Tätigwerden	Wird durch die neue gesetzliche Regelung im Rahmen der Doppik festgesetzt (25€)

Anlage 1-Abt.1

Abteilung 1/11

Einsparungen im Bereich Gesetzestexte, lose Blattsammlungen, Zeitschriften u.s.w.
für das Jahr 2005

Abteilung 1	2.100,00€
Abteilung 2	297,00€
Abteilung 3	1.338,00€
Abteilung 4	989,73€
Abteilung 5	620,00€
Abteilung 6	220,00€
Abteilung 7	----
RPA	----
Gesamt	5.564,73€

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Bad Dürkheim, 31.10.2005

Renate Schnebel

Az.: F044-01 (Versicherungen)

Aktenvermerk

Unfallversicherung für Volks- u. Berufsschüler bei der Versicherungskammer Bayern

Die Versicherung wurde mit Ablauf des 31.12.2004 gekündigt. Über den gesetzlichen Unfallversicherungsträger, die Unfallkasse Andernach, besteht ausreichender Versicherungsschutz. Aufwendungen für eine zusätzliche Versicherung sind lt. Rechnungshofbericht freiwillige Leistungen auf die Kommunen, die ihren Haushalt dauerhaft nicht ausgleichen können, zu verzichten haben. Der Versicherungsbeitrag wurde jeweils entsprechend der Einwohnerzahlen auf die Gemeinden des Landkreises Bad Dürkheim umgelegt. Der Beitrag für das Jahr 2004 lag bei insg. 2.397,14 €.

Garderoben- u. Fahrradversicherung für die Schüler des Landkreises Bad Dürkheim

Aufgrund der Neugestaltung des Versicherungsvertrages zum 01.01.2002, der eine Beitragserhöhung zur Folge hatte, wurde die Wirtschaftlichkeit des Versicherungsvertrages im Jahr 2004 überprüft. Es wurden die gezahlten Versicherungsbeiträge der Jahre 2002 und 2003 den jeweils ausgezahlten Versicherungsleistungen mit folgendem Ergebnis gegenüber gestellt:

Kalenderjahr	Versicherungsbeitrag	Versicherungsleistungen
2002	3.924,86 €	1.461,51 €
2003	3.951,54 €	1.748,35 €

Dadurch, dass die Versicherungsleistungen jeweils deutlich unter den gezahlten Versicherungsbeiträgen liegen, soll die Garderoben- u. Fahrradversicherung bei der Versicherungskammer Bayern mit Ablauf des 31.12.2005 gekündigt werden. Nach Mitteilung der Pfälzischen Pensionsanstalt in Bad Dürkheim besteht jedoch die Möglichkeit, dass die jeweiligen Schulen selbst oder die Schulelternbeiräte bei Bedarf eine solche Versicherung abschließen können.

Neu: Da einige kreiseigene Schulen die Garderoben- u. Fahrradversicherung auch nach dem 31.12.2005 aufrecht erhalten wollten wurde vereinbart, dass in diesen Fällen die Schüler selbst den Beitrag bezahlen.

Der Beitrag für das Jahr 2004 hat sich aufgrund der angestiegenen Schülerzahlen auf 4.218,34 € erhöht. Für das Jahr 2005 auf insg. 4.296,64 €.

Fazit: Einsparung 2005 i. H. v. 2.397,14 €, ab 2006 i. H. v. 6.693,78 €

Anlage 3-Abt 1

	Stellenanteile der Gleichstellungsstellen e	Vergütung bzw. Besoldung	Aufgabenkreis:		Stellenanteil Mitarbeiterin	Vergütung bzw. Besoldung	Etat	EinwohnerInnenanzahl
			LKO	LGG				
DÜW	1,0	BAT IV a Fg. 1b (Bewährung in BAT III)	x	x	0		3.500 €	134.869
BIR	1,0	BAT IV a Fg. 1a	x	x	0		2.200 €	88.755
BIT	0,65	BAT IV b Fg. 1b (Bewährung aus V b)	x	x	0		1.300 €	97.727
MYK	0,75	A12	x	x	0		934 €	213.963
AZ	0,75	BAT III	x	x	0,75	BAT Vb	10.200 €	126.991
KUS	0,5	BAT IV b	x	x	0		4.500 €	78.888
SÜW	0,5	BAT IV b	x	x	0,5	BAT VII	3.300 €	110.658
SIM	1,0	BAT Vb	x	x	0,1		8.500 €	106.076
COC	0,5	A11	x	x	0		2.500 €	66.867
AW	0,5	BAT III (Bewährung aus IV a Fg.)	x	x	0,5	BAT VII	4.773 €	131.000
KH	0,5	BAT IV a Fg. 1a		x	0		1.000 €	158.746
PS	0,2 0,64	A11 BAT IV b		x	0		4.000 €	104.800
TR	0,35 0,15	BAT IV b BAT I b	x	x	0		500 €	140.446
RP	0,5	BAT IV a Fg. 1a	x	x	0,5	BAT VII Fg. 1a	14.000 €	148.718
MZ	0,6 0,5	BAT III BAT IV b	x	x	0,6	BAT Vb	5.000 €	209.348
NR	1,0	BAT III	x	x	0,5	III b	9.900 €	180.000

Anlage 4-Abt. 1

Umfrageergebnis Besetzung der Stelle des Pressereferenten

Verwaltung	Verg.- Gr.	Stelle	Aufgaben	Besonderheiten
KV Bad Dürkheim	BAT III	1,0	Presse, Kultur, Partnerschaften, Heimatjahrbuch, Öffentlichkeitsarbeit	
KV Kaiserslautern	BAT III	1,0	Presse, Kultur, Partnerschaften	0,5 BAT VIII zugeordnet
Rhein-Pfalz-Kreis	BAT III	1,0	Stabsfunktion, Betreuung Ionas (EDV Bürgerservice) Protokoll Bauausschuss, Statistiken, Einzelweisung	
KV Germersheim	BAT IVa	2x0,5	Presse	
KV Südwestpfalz	A 12	1,0	Presse, Bürgerberatung, Dienstbesprechungen, Büro des Landrates	
KV Alzey-Worms	A 12	1,0	Referent des Landrates, Partnerschaften, Geschäftsführung Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Eigenes Referat – weitere Stellen 1x A9, 0,5 BAT IVb
KV Mainz-Bingen	BAT III	1,0	Pressereferent	Weitere Stellen Kultur 1,0 BAT IVa, Chefsekretärin und Partnerschaftsbeauftragte 1,0 BAT IVa
KV Donnersbergkreis	BAT III	1,0	Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Partnerschaft, Kreisveranstaltungen	

Abteilung 2

**Rechtsangelegenheiten, Schulen und
Kultur**

Nr.	Orga- Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 2	Selbst kurzfristig durchführen		
1	2/20	1.) Prüfung der HH-Satzungen und HH-Pläne auf Rechtsverletzungen Der Gesamtstellenanteil Referat 20 beträgt 1,85 Stellen – differenziertere Darstellung nicht möglich, da es sich bei vielen Aufgaben um Stoßgeschäfte handelt	Anderungen bleiben abzuwarten im Hinblick auf die Einführung der Doppik. auch ausgeglichene Haushalte sollen auf Antrag der OG oder VG überprüft werden können.	Zur Zeit noch verbindliche, gesetzliche Regelungen
2	2/20	4.) Rechtsaufsicht im Bereich der kommunalen Finanzen und wirtschaftliche Betätigung sowie Genehmigung von Krediten und ähnliche Rechtsgeschäfte	Wegfall der Einzelgenehmigung wird befürwortet	wie oben
3	2/21	Mindeststreitwert festsetzen, Bagatellsachen nur noch im schriftlichen Verfahren Widerspruch muss künftig begründet werden.	Mindeststreitwert 50,-- €. Frist zur Begründung: 14 Tage. Bei Fristüberschreitung Verhandlung im mündlichen Verfahren	*1
4	2/22	1.) Erlass von Bußgeldbescheiden für die gesamte Kreisverwaltung. Erteilung von Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, soweit nicht andere Referate zuständig sind.	Auftrag: Kosten ermitteln	Anlage 1-Abt.2
5	2/22	Radarmessungen könnten auch durch den Landkreis erfolgen; es würden die Technik für ein Fahrzeug und Auswertung benötigt werden.	Einnahmen voraussichtlich höher als Ausgaben Auftrag: Kosten ermitteln	Anlage 1-Abt.2
6	2/23	4.) Außerschulische Nutzung von Schulräumen	Vorschlag befürwortet, dass Betriebsausgaben festgesetzt werden.	*2
7	2/23	5.) Bearbeitung der bezuschussten Maßnahmen (Sportförderung)	Bei mehr als 1 Antrag soll VG die Prioritäten bestimmen.	Verbandsgem. wurden aufgefordert für 2006 die Prioritäten bei mehreren Anträgen festzulegen
8	2/23	Kooperation mit Medienzentrum von der Stadt Neustadt	Initiative befürwortet	Initiative umgesetzt. Von 2004 – 2006 konnte der HH- Ansatz von 13.500€ auf 6.500€ reduziert werden.

- *1 Hierzu wird mitgeteilt, dass die Gebührentabelle für den Kreisausschuss inzwischen bereits konkludent einen Mindestgebührenstreitwert von 50,-€ enthält.
§ 16 AGVwGO eröffnet nunmehr die Möglichkeit der Vorsitzendenentscheidung, wenn der Widerspruchsführer das Verfahren trotz Aufforderung durch den Vorsitzenden länger als 3 Monate nicht betreibt.

- *2 Es wurden die Betriebskosten für 2005 überprüft. Nach derzeitigem Stand ist die Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Benutzung und Gebühren für die außerschulische Benutzung der Schulgebäude und Schulanlagen (einschl. Sportstätten) im Landkreis vom 20.09.2001 hinsichtlich der Gebühren kostendeckend. Der §7 dieser Satzung (Benutzungsgebühr) bedarf daher derzeit keiner Überarbeitung. Ende 2006 werden die Betriebsausgaben erneut überprüft.

Abteilung 2/We-mk.

Aufgabenkritik

Abteilung 1

Im Hause

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Ziffer 4 u. 5 teilen wir folgendes mit:

Nach Auskunft von Herrn Franzkowski, VD I Schifferstadt, kostet die Anschaffung eines Radarmessgerätes 60.000,-- €, + 5.000,-- € für den Einbau in das Fahrzeug.

Dazu kämen noch (rund ca. 20.000,-- €) für die Anschaffungskosten eines solchen PKW.

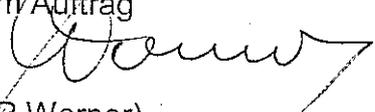
Für die Kontrolle ist es aus Sicherheitsgründen notwendig, dass 2 Personen im Fahrzeug sind und 1 Person müsste die Bilderauswertung vornehmen.

Für die 3 Bediensteten (BAT VI b) würden jährlich rund 115.000,-- € Personalkosten entstehen. Dazu kämen noch jhrl. Wartungskosten für das Messgerät von ca. 2.500,-- € und die Kosten für Material (Filme, Papier, etc.). Desweiteren müsste beim Min. d. Innern und für Sport eine Änderung der Zuständigkeits-VO beantragt werden, damit eine Kontrolle im Landkreis Bad Dürkheim überhaupt möglich ist.

Inwieweit eine tägliche Kontrolle im Landkreis die Fallzahlen und damit die Einnahmenseite stark verbessern würde, kann nicht abschließend beurteilt werden. Die täglichen Kontrollen könnten andererseits gerade auf den gefährlichen Strecken auch zur Verkehrssicherheit beitragen.

Ob die Anschaffung eines derartigen Fahrzeuges in Kooperation mit einer anderen Kommune sinnvoll ist, wäre sicher denkbar. Details müssten dann allerdings sorgfältig ausgearbeitet werden.

Bad Dürkheim, den 27.5.2005
Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Im Auftrag


(R. Werner)

Abteilung 3

Ordnung und Verkehr

Nr.	Orga- Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 1	Bereits in Bearbeitung		
1	3/30	Waffen- und Jagdrecht	Durch den Einsatz von EDV ist es gelungen den erheblichen Mehraufwand im Bereich des neuen Waffenrechtes aufzufangen.	Neue Software hat sich bewährt – keine Personalmehrung notwendig
2	3/31	Ausländeramt - Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Regelungen für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.	Verwaltungsvereinfachung, Geschäftsabläufe wurden optimiert.	Mit derzeitigem Personal kann das Arbeitsvolumen bewältigt werden
	Maßnahme 2	Selbst kurzfristig durchführen		
3	3/33	1.) Zulassungsstelle - Vollzug des Personenbeförderungsgesetzes; Vollzug der Straßenverkehrszulassungsverordnung, Zwangsstillegung von Fahrzeugen	Einsparpotential: ca. 15.000 € / Jahr bei Einführung von Kassenautomaten. Zufriedenheit anderer Landkreise erfragen. Kosten mitteilen.	Anlage 1+2

Anlage 1-Abt.3

GB I
an Abt. 1
im Hause

Abteilung **Ordnung und Verkehr**
Referat **30**
Auskunft erteilt: **Herr Sluiter**
Zimmer: **B4**
Telefon: **06322 / 961-129**
Telefax: **06322 / 961-121**
E-Mail: **Wilhelm.Sluiter@
kreis-bad-duerkheim.de**
Aktenzeichen: **051-54/30/SI**

Datum: **30.11.2005**

Aufgabenkritik; Kassenautomat in der Zulassungsstelle

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinsichtlich der Erfahrungen mit der Einführung eines Kassenautomaten verweisen wir zunächst auf die Niederschrift der 121. Tagung der Büroleiter vom 23.03.2004 und auf den Aktenvermerk des Referatsleiters Herrn Straub, der das Ergebnis einer aktuellen Umfrage beinhaltet.

Zum Teil sind bereits Kassenautomaten im Einsatz. Andere Zulassungsstellen lehnen Kassenautomaten mit der Begründung wenig Bürgerfreundlich ab. Viele Behörden haben auch erhebliche Schwierigkeiten mit vorhandenen Automaten, die des öfteren ausfallen oder durch Bedienungsfehler seitens der Bürger lahmgelegt werden. In der KV Kaiserslautern wurde der Automat wieder wegen Unzuverlässigkeit und der damit verbundenen hohen Kosten abgeschafft.

Zum Arbeitsablauf an der Kasse wird folgendes festgestellt:

Die Kassengeschäfte nicht nur für die Zulassungsstelle sondern auch für die Führerscheinstelle, das Ausländeramt sowie für das Jagd- und Waffenwesen werden von Frau Stöbener erledigt. Darüber hinaus werden hier auch die Abmeldungen vorgenommen. Da die Arbeiten für die Abmeldungen von KFZ innerhalb des Landkreises nicht sehr zeitintensiv sind, wird dem Kunden hierdurch lange Wartezeiten erspart und dient auch der Entlastung der übrigen Annahmeschaltern. Ferner wird durch die Mitarbeiterin der Kasse auch die gesamte Aufbietungsüberwachung von neu ausgestellten Fahrzeugbriefen bearbeitet. Hierzu gehört auch der nicht unerhebliche Schriftverkehr mit Banken für finanzierte Fahrzeuge. Auch wird der Kassenschalter, da er direkt im Eingangsbereich liegt oft als Auskunftsschalter benutzt. Des weiteren kann man bei uns schon seit geraumer Zeit mit einer Scheckkarte seine Rechnung begleichen.

Bei der Aufstellung eines Kassenautomaten sind auch Sicherheitsvorkehrungen zu beachten. So darf das Auffüllen des Kassenautomaten nicht vom Publikumsraum beobachtet werden. Es muss gewährleistet sein, dass aus Sicherheitsgründen das Befüllen des Automaten von der Rückseite (nicht ersichtlich von den Kunden) erfolgen muss. Die Folge wären größere

Umbauarbeiten in der Zulassungsstelle. Die Ausgaben müssten von dem Bauunterhalt geschätzt werden.

Fazit:

Eine Behörden hat die Kassenautomaten wieder abgeschafft.

Durch Wegfall des Schalters müssten die Abmeldungen wieder an den restlichen Ahnnamestellen bearbeitet werden, was zur Folge hat, dass sich die Wartezeiten für die Kunden wieder verlängern. Dies wäre gerade im Hinblick auf die ab 1.10.2005 eintretenden Änderungen (neue Zulassungsbescheinigungen anstatt Brief und Schein), die einen zeitlichen Mehraufwand bei der Eingabe bedeuten, ungünstig.

Ob eine Einsparung in der gewünschten Höhe erfolgen kann ist fraglich. Kundenfreundlich ist ein Kassenautomat nicht, man denke nur an die vielen Beschwerden über die Fahrkartenautomaten auf den Bahnhöfen.

Die Leasingraten für einen Kassenautomaten betragen ca. 2500,-€ monatlich, bei einer Laufzeit von 60 Monaten. Es ist jedoch zu beachten, dass an jedem Schalter sowie an den Arbeitsplätzen bei Jagd und Waffen, im Ausländeramt und in der Führerscheinstelle Chip – Automaten vorhanden sein müssen. Ebenfalls muss eine Barkasse für die Ausfälle bereit gehalten werden.

Es wird deshalb empfohlen die bisherige Regelung beizubehalten.

Mit freundlichen Grüßen

(Wilhelm Sluiter)

Gegenüberstellung – Kfz-Zulassungsstelle im Gebäude der Kreisverwaltung zu Verlagerung zu den Kommunen vor Ort

Kreisverwaltung – Stand August 2005

Personal:

2 Beamte –	Kosten:	93.270 €
8 Angestellte – 38,5 Std.		
2 Angestellte – 35,0 Std.		
1 Angestellte – 30,0 Std.		
2 Angestellte – 25,0 Std.		
	Kosten:	458.090 €

Personalkosten: **551.360 €**

Technische Ausstattung:

14 Stück Workstations a ca.900€
08 Stück Wenger-Drucker a ca. 1.000€
02 Stück Mehrschachtdrucker a ca. 3.000€
10 Stück Einzugsscanner a ca. 2.000€
01 Stück Flachbettscanner a ca. 4.000€

Hardwarekosten gesamt: **ca. 50.600 €**

Weitere Voraussetzungen sind:

Betriebssystem, Standardsoftware, Virenschutz, Fachsoftware (KFZJSP), Archivierungsverfahren (Lorenz 2 Charta)

Netzwerk mit Verkabelung, Switches, Servern, Active Directory, Bereitstellung von Druckdiensten (LPR), DNS etc..., Standleitung zum rlp-Netz über LDI, Vertragspartner KommWis, VPN-E, NAT-Firewall

*Kosten hierzu zu ermitteln ist nur in Abgleich der Voraussetzungen vor Ort möglich

Verbrauchsmaterialien:

Siegel, Plaketten, Kfz-Briefe, -Scheine, Beiblätter

Kosten pro Jahr **ca. 33.900 €**

Gesamtkosten Betrieb Zulassungsstelle* ca. 635.860 €

Im Jahr 2004 wurden 86.191 Datensätze verarbeitet, 1.206 Vollsteckungsaufträge ausgeführt.

87.397 geteilt durch 11,98 Personal (ohne Referatsleiter)

7.295 Vorgänge pro Jahr, pro Mitarbeiter

635.860 € geteilt durch Gesamtzahl Vorgänge 87.397

7,27 € pro Vorgang

Schilderherstellung:

Die Herstellung von Kfz-Schildern ist am jetzigen Standort der Zulassungsstelle sichergestellt (zur Zeit 3 Schildermacher).

Im Rahmen einer Verlagerung zu den Kommunen vor Ort muß dieser Service in unmittelbarer Nähe der Zulassung sichergestellt sein, damit sich der jetzige Service dem Bürger gegenüber nicht verschlechtert.

Weiterhin stellt sich die Frage ob die Beschaffung der für die Schilderherstellung notwendigen Maschinen bei geringerer Stückzahl für eine Privatperson oder Behörde lohnt, kostendeckend ist bzw. noch so günstig wie momentan angeboten werden können.

Mindestanforderung an eine Außenstelle:

z.B.: VG-Deidesheim mit 11.860 Einwohnern (8,77% des Landkreises Bad Dürkheim)

Im Zulassungsbereich: 7.558 Datensätze
7.558 Datensätze durch 220 Arbeitstage = **35 Vorgänge pro Tag**

Aufgrund der Vielzahl der verschiedenen Vorgänge muß mit 1,5 Arbeitskräften gerechnet werden (Urlaub, Vertretung und Krankheit müssen abgedeckt sein)

Kosten für 1,5 Stellen Personal Vlb: **83.030 €**

In der Vollsteckung: 105 Vollsteckungsaufträge
(**17,5% Jahresarbeitszeit**)

Technische Ausstattung:

Mind. 2 Workstations, Wenger-Drucker, Einzugsscanner, Drucker

Kosten hierfür: **5.200 €**

Verbrauchsmaterial anteilig: **2.930 €**

Gesamtkosten für den Betrieb als Außenstelle* **91.160 €**

*Ohne Berücksichtigung Vollstreckung, Schilderdienst und Räumlichkeiten

91.160 € geteilt durch 7.558 Vorgänge

12,06 € pro Vorgang

Der Betrag stellt eine Verteuerung von über 65% pro Vorgang dar.

Abteilung 4

Kreisjugend- und Sozialamt

Nr.	Orga- Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 1	Bereits in Bearbeitung		
1	4/46	Adoption	Keine Änderung – weiterhin mit vorhandenem Personal diese Aufgabe wahrnehmen	Trotz anders lautender gesetzl. Bestimmungen reicht die derzeitige Personalstärke aus
	Maßnahme 2	Selbst kurzfristig durchführen		
2	4/40	4.) Abschluss von Pflegegesetzvereinbarungen für ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen im Rahmen des BSHG, SGB VIII und SGB XI, soweit die Zuständigkeit des Landkreises Bad Dürkheim gegeben oder dessen Beteiligung erforderlich ist.	Bisher wenig Interesse von den Nachbarkreisen – nochmals Initiative ergreifen	Im Jugendhilfebereich wurde Teillösung gefunden – erfahrener Mitarbeiter eines anderen Jugendamtes übernimmt gegen Kostenerstattung – Bereich Pflegegesetzverhandlungen
3	4/43	13.) Förderung der anerkannten Jugendverbände und freien Trägern der Jugendhilfe <ul style="list-style-type: none"> o Zuschüsse für Freizeiten, Seminare, Lehrgänge o Wirtschaftliche Abwicklung o Zuschüsse zu Freizeiten für Kinder aus wirtschaftlich und sozialschwachen Familien 	Richtlinien sollen nach Kreissausschuss bestehen bleiben. Ggf. nochmals im Jugendhilfeausschuss anregen.	Gemäß Kreissausschussbeschluss bleiben die Richtlinien bestehen, erst wenn Kritik von außen geübt wird, wird eine Behandlung im Jugendhilfeausschuss vorgesehen
4	4/43	25.) Finanzierung des Kinderschutzdienst durch Kreiszuschüsse	Aufgabe zusammen mit der Stadt Neustadt wahrnehmen. Initiative befürwortet – im Jugendhilfeausschuss diskutieren	Siehe unten 1*
5	4/46	19.) Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz gem. §52 SGB VIII	Klärung wer für die Stellensuche verantwortlich ist. Vorschlag befürwortet, Kontakt sollte mit Amtsgericht aufgenommen werden zur Klärung.	Siehe unten 2*

1* Hier wurde das Diakonische Werk als Träger der Kinderschutzdienste in Neustadt und Bad Dürkheim auf landesweiter Ebene bereits aktiv. Es fanden Gespräche mit Vertretern der Städte Speyer, Frankenthal und Neustadt, sowie den Landkreisen Bad Dürkheim und Ludwigshafen statt. Ein Ergebnis ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

2* Eine Klärung der Frage ist mit Sicherheit in einem Gespräch mit dem Amtsgericht nicht zu erreichen. Wenn die vorgesehene landesweite Arbeitsgruppe „Justiz und Jugendhilfe“ tätig wird, wäre dies das richtige Forum.

Abteilung 5

Bauen und Umwelt

Nr.	Orga- Einheit	Aufgaben	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 1	Bereits in Bearbeitung		
1	5/52	Stellen Landespfleger 2,65 Stellen Schreibkraft für Bereich Landespflege 0,25 Gutachten Rechnungshof RLP: 900 Fälle / 230 = 3,94 Stellen Bedarf lt. Gutachten 1,04 Stellen Frei nach Stellenplan 0,35	Mit der derzeitigen Personalausstattung können die Anträge nicht bearbeitet werden.	Bereich wird weiter mit zu geringer Personalausstattung abgedeckt
	Maßnahme 2	Selbst kurzfristig durchführen		
2	5/52	Genehmigungspflichtig nach dem neuen Landespflegegesetz (seit 25.05.2004) sind künftig auch Zooeinrichtungen. Intern ist zu prüfen, ob dieser Bereich nicht bei der Abteilung 6 angesiedelt werden könnte, nachdem dort auch der Artenschutz bearbeitet .	Verbesserung Geschäftsablauf. Vorschlag befürwortet.	Maßnahme umgesetzt!

Abteilung 6

**Lebensmittelüberwachung,
Veterinärwesen, Landwirtschaft**

Nr.	Orga- Einheit	Aufgaben	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 2	Selbst kurzfristig durchführen		
1	6/60	2.2) Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes Beratung und Information von Bürgern und Gewerbebetreibenden	Fallzahlen über die Beratung liefern	Anlage 1-Abt.6
2	6/60	8.) Mithilfe beim Vollzug des Arzneimittelgesetzes Überprüfung von Tierhaltungen und Tierpraxen Stellenanteil: 0,02	Fallzahlen liefern über die Aufgaben Nr. 4-8 (Orga 6/60)	Anlage 2-Abt.6
3	6/61	6.) Mitwirkung bei Flurbereinigungsmaßnahmen	Abklärung der Aufgabe, wer was macht !	Aufgabe Abt.6: Organisation d. Gründung von Teilnehmergesellschaften Die Gründungsversammlung selbst wird das DLR (Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum) geleitet

Anlage 1-Abt.6

Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes;
Beratung und Information von Bürgern und Gewerbebetreibenden

Nach Stellungnahme der Abteilung 6 stellt sich die Situation wie folgt dar:

Im ersten Quartal wurden über 58 Arbeitstage die täglichen Telefonanrufe und Vorsprachen im Referat 60, welche nicht mit anderen Dienstgeschäften verknüpft waren und reinen Beratungscharakter hatten, gezählt. Bei der Erfassung haben nicht alle Mitarbeiter des Referates 60 mitgemacht.

In diesen 58 Arbeitstagen wurden 1286 Telefonate und Vorsprachen gezählt, ~ 22,2 Gespräche je Tag. Auf das Jahr hochgerechnet ergibt das 5610 Telefonate und Vorsprachen.

Der Durchschnittswert von 22,2 bezieht sich auf 5,6 der 7,21 Stellen (0,2 Stellenanteil für die Abteilungsleitung sind darin nicht enthalten). Des weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Zahlenwerte je Person in Anzahl und Dauer erheblich schwanken.

Sofern im Mittel 5 Minuten je Telefonat oder Vorsprache und 255 Arbeitstage (absolut) unterstellt werden, ergibt sich hieraus ein Arbeitsaufwand von ~ 59 Arbeitstagen im Jahr.

Ein Herunterbrechen auf den Bereich Lebensmittelüberwachung ist leider nicht möglich.

Von: Cegla, Christian
Gesendet: Montag, 28. November 2005 12:15
An: Boywidt, Jens-Uwe
Betreff: AW: 180-11 Aufgabenkritik
SgK Boywidt,

zu Punkt "2 / 6/60 / 8.) Mithilfe beim Vollzug des Arzneimittelgesetzes
Überprüfung von Tierhaltungen und Tierpraxen / Stellenanteil: 0,02 /
Fallzahlen liefern über die Aufgaben Nr. 4-8 (Orga 6/60)" der Aufstellung in
der Mail vom 03.05.2005 gebe ich folgende Mitteilung:

Die Tierärzte der Kreisverwaltung überprüfen die landwirtschaftlichen
Nutztierbestände anlässlich der Kontrollen nach tierseuchenrechtlichen,
tierschutzrechtlichen und arzneimittelrechtlichen Vorschriften. Die
Erfassung der Kontrollen werden unter dem Schwerpunkt der Kontrolle (In
der Regel Tierschutz oder Tierseuchenbekämpfung) erfasst. Die Mitwirkung
der Tierärzte der Kreisverwaltung am Vollzug des Arzneimittelrechtes in
landwirtschaftlichen ist insofern zur Zeit nicht in Zahlen zu belegen.

Folgende Kontrollen in landwirtschaftlichen Betrieben wurden in den
zurückliegenden Jahren durchgeführt:

2002: Schweinehaltungen 18x, Ziegenhaltungen 4x, Schafhaltungen 9x,
Rinderhaltungen 16x; zusammen: 47x;
2003: Schweinehaltungen 71x, Ziegenhaltungen 1x, Schafhaltungen 12x,
Rinderhaltungen 19x; zusammen: 103x;
2004: Schweinehaltungen 20x, Ziegenhaltungen 4x, Schafhaltungen 12x,
Rinderhaltungen 13x; zusammen: 49x.

Im Mittel der 3 Jahre: 66 Kontrollen.

Die Tierärzte der Kreisverwaltung wirken an Kontrollen der tierärztlichen
Praxen im Landkreis und in der Stadt Neustadt mit. Die Kontrollen werden
von den Apothekern der Landesamtes für Soziales, Jugend und
Versorgung, Reiterstraße 16 76829 Landau veranlasst. In den letzten 2
Jahren haben keine Kontrollen stattgefunden.

Aus dem oben Genanntem ergibt sich ein geschätzter Stellenanteil von
0,02 %.

Gruß Cegla

Abteilung 7

Gesundheitsamt

Nr.	Orga- Einheit	Aufgaben	Fazit/Kritik	Sachstand
	Maßnahme 1	Bereits in Bearbeitung		
1	7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Unterbringungen psychisch kranker	Auf Dringlichkeit wird hingewiesen. Psychiaterstelle erforderlich	Erledigt – Einstellung von Frau Speiser zum 15.01.2005
2	7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Psychiatrische Gutachten	Auf Dringlichkeit wird hingewiesen Psychiaterstelle erforderlich	Siehe Nr. 1

Weitere Einsparungen:

- Laborarbeiten werden extern vergeben
- Ab Februar 2006 erfolgt die Anbindung des Gesundheitsamtes in Neustadt an die Telefonvermittlung in Bad Dürkheim, so dass die Zentrale in NW wegfällt.